



Presseschau vom 17.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Caitlin Johnstone: US-Regierungsvertreter geben zu, dass sie die Öffentlichkeit über Russland buchstäblich belügen

Die USA nutzen Geheimdienstinformationen, um einen Informationskrieg gegen Russland zu führen, auch wenn diese nicht belegt sind. "Es müssen keine soliden Geheimdienste sein", sagte ein US-Beamter. "Es ist wichtiger, ihnen [den Russen], insbesondere Putin, zuvorzukommen, bevor sie etwas unternehmen." ...

<https://kurz.rt.com/2x7j> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Kölner Ostermarsch: Frieden mit Russland – keine Waffenlieferungen in die Ukraine

Auch in diesem Jahr fanden in Deutschland die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegungen statt. In Köln stand der Krieg in der Ukraine im Mittelpunkt. Die Teilnehmer skandierten: "Abrüsten statt Aufrüsten!", "Frieden mit Russland und China!" und "Raus aus der NATO!" ...

<https://kurz.rt.com/2x7y> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Im Gespräch mit der Deutschen Friedensgesellschaft: Wie Medien zur Eskalation des Krieges beitragen

Die pensionierte Krankenschwester Anna Klein engagiert sich seit vielen Jahren in der Friedensbewegung und ist Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, der ältesten deutschen Friedensorganisation. Im Gespräch mit RT DE erläutert sie ihre Haltung zum Ukrainekrieg. ...

<https://kurz.rt.com/2x7k> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

wpered.su: Die KPRF schickt den 95. humanitären Konvoi in den Donbass

Am 25. April werden das ZK der KPRF und der Gesamtrussische Stab der Protestbewegung unter unmittelbarer Beteiligung von Parteikomitees und Arbeitskollektiven aus dem Gebiet Moskau, aus Moskau, der Oblast Woronesh, der Region Stawropol, den Republiken Jakutien und Nordossetien-Alanien den 95. humanitären Konvoi zur Unterstützung der Widerstandskämpfer und Einwohner der Donezker und der Lugansker Volksrepublik entsenden. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.

120 Tonnen humanitäre Güter werden eine wichtige Unterstützung für die mutigen Menschen des befreiten Donbass zu den Volksfeiertagen des 1. Mai und des Großen Sieges sein. Der Start für die Hauptfahrzeugkolonne ist für 9 Uhr morgens von den Produktionsanlagen der Lenin-Sowchose bei Moskau aus vorgesehen. Im grenznahen Bereich werden sich hier zusätzlich Autos mit Lebensmitteln aus Woronesh, Stawropol und Südossetien-Alanien anschließen.

22:32 de.rt.com: Israel greift erneut Ziele in Syrien von besetzten Golan-Höhen aus an

Ein neuer israelischer Raketenangriff verursachte nach syrischen Angaben am Stadtrand von Damaskus Schäden. Die israelischen Angriffe auf Syrien sind nach der Darstellung der israelischen Armee hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau des "iranischen Einflusses" in Syrien abzuwenden.

Israel führte einen Raketenangriff auf syrische Militärstellungen am Stadtrand von Damaskus aus und verursachte materiellen Schaden, berichtet AP-Agentur unter Berufung auf das syrische Militär. Staatliche Medien zitierten am Freitag einen ungenannten Militärbeamten mit der Aussage, dass der Angriff in der Nacht zum Freitag stattgefunden habe, und fügten hinzu, dass einige der israelischen Raketen von der syrischen Luftabwehr abgefangen worden seien. Die israelischen Raketen wurden Berichten zufolge aus Richtung der israelisch besetzten Golanhöhen abgefeuert.

Die im Großbritannien ansässige syrische "Beobachtungsstelle für Menschenrechte" behauptet, die Raketen hätten Stellungen von Iran unterstützten Kämpfer in einer südwestlichen Vorstadt von der Hauptstadt in der Nähe des Vororts Qatana getroffen. Israel hat seine militärische Präsenz in der besetzten Region Golan aufrechterhalten, die normalerweise als Startrampe für Angriffe auf syrische Streitkräfte und zahlreiche Milizen dient. Die syrische Armee gab am 10. April auch bekannt, dass israelische Flugzeuge mehrere Raketen aus dem Luftraum über dem Libanon gegen Ziele in Zentralsyrien abgefeuert hätten. Israel hat in letzter Zeit seine Aggressionen gegen Syrien intensiviert. Anfang März feuerte Israel eine Rakete auf Damaskus ab, bei der zwei Zivilisten ums Leben kamen. Am 14. Februar kam es in der Nähe von Damaskus zu einem ähnlichen israelischen Angriff, bei dem drei syrische Soldaten getötet wurden. Die israelischen Angriffe auf Syrien sind nach der Darstellung der israelischen Armee hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau des angeblichen "iranischen Einflusses" in Syrien abzuwenden und Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden.

Der russische Botschafter in Syrien, Alexander Jefimow, warnte kürzlich, dass die israelischen Angriffe auf Syrien Russland zu einer Reaktion "provozieren". Die Äußerung des Botschafters war eine der schärfsten Verurteilungen der israelischen Luftangriffe auf Syrien durch die Kremlführung in letzter Zeit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625a697a48fbef42a32515ac.jpg>

00:06 (23:06) novorosinform.org: **Selenskij stellte Bedingungen an Russland, um den Status der Krim zu diskutieren und die NATO aufzugeben**

Der Präsident der Ukraine glaubt, dass konkrete Verhandlungen erst nach Abzug der Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine möglich sind.

Die Ukraine sei bereit, mit Russland den Verzicht auf ihre Integration in die NATO und den Status der Krim zu erörtern, aber erst nach Abschluss der Sonderoperation der russischen Streitkräfte. Dies wurde vom Präsidenten der "Unabhängigen" Wladimir Selenskij verkündet. „Die Ukraine ist bereit, mit Russland die Frage des Verzichts, der NATO beizutreten, und den Status der Krim zu erörtern, aber erst, nachdem die Feindseligkeiten eingestellt und die russischen Truppen vom ukrainischen Territorium abgezogen wurden“, sagte Selenskij. Einige Stunden zuvor hatte er erklärt, dass die Vernichtung der in Mariupol verbliebenen

ukrainischen Kämpfer die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland „beenden“ würde.



https://novorosinform.org/content/images/30/57/43057_720x405.jpg

vormittags:

8:23 (7:23) novorosinform.org: **Wolodin forderte Selenskij auf, sofort Truppen aus Donbass abzuziehen**

Darüber hinaus müsse der Präsident der Ukraine den Status der Krim anerkennen und Verpflichtungen zum Nichtblockstatus des Landes festlegen, glaubt der Sprecher der Staatsduma.

Zu der Erklärung von Präsident Wladimir Selenskij, dass Verhandlungen erst nach dem Abzug der russischen Truppen aus dem Territorium der Ukraine möglich seien, äußerte der Duma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin seine Überzeugung, dass dies ein weiterer Versuch sei, Zeit zu gewinnen und NATO-Waffen zu beschaffen.

Gleichzeitig belaufen sich die Verluste der ukrainischen Armee bereits auf 23.367 Menschen. Und deshalb, so ist sich Wolodin sicher, müsse Selenskij, wenn er an die Bürger der Ukraine denkt, sofort zwei Entscheidungen treffen: die Truppen aus dem Gebiet der Volksrepubliken Donezk und Lugansk abziehen sowie Abkommen über die Anerkennung der Krim, den blockfreien Status' der Ukraine sowie zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Landes unterzeichnen.

„Anders geht es nicht“, notierte der Sprecher in seinem Telegram-Kanal.



https://novorosinform.org/content/images/30/63/43063_720x405.jpg

8:20 de.rt.com: **Gericht in Lwow nimmt Medwedtschuk in Gewahrsam ohne Möglichkeit**

einer Kaution

Ein Gericht in Lwow hat die Präventivmaßnahme für den ukrainischen Oppositionspolitiker Wiktor Medwedtschuk geändert und ihn ohne die Möglichkeit einer Kaution in Haft genommen. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Strana. In dem Bericht heißt es:

"Das Gericht in Lwow hat die Präventivmaßnahme für Wiktor Medwedtschuk geändert. Er wurde in Untersuchungshaft genommen, ohne die Möglichkeit einer Kaution."

Im Mai 2021 war Medwedtschuk wegen Landesverrats und Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagt worden. Das Kiewer Bezirksgericht Petscherski wählte für ihn eine Zwangsmaßnahme in Form eines Hausarrests rund um die Uhr. Im Oktober wurde der Oppositionsführer mit einer weiteren Anklage unter den Artikeln "Hochverrat" und "Unterstützung von Aktivitäten terroristischer Organisationen" belastet. Den Ermittlungen zufolge soll er in den Jahren 2014 bis 2015 an Kohlelieferungen aus den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten des Donbass im Wert von über 200 Millionen Griwna (etwa 6,2 Millionen Euro) beteiligt gewesen sein. Der Politiker bestreitet die gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Am 27. Februar erklärte Medwedtschuks Anwältin Larissa Tscherednenko, dass ihr Klient seine Wohnung in Kiew, wo er unter Hausarrest stand, wegen der Bedrohung seines Lebens durch nationalistische Gruppen verlassen habe, aber in der ukrainischen Hauptstadt geblieben sei. Am 18. März entschied das ukrainische Gericht, den Oppositionsführer in Abwesenheit zu verhaften.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bae3348fbef409b232269.jpg>

9:00 de.rt.com: Russische Streitkräfte bieten ukrainischen Nationalisten in Mariupol an, Waffen niederzulegen

Russische Streitkräfte haben den in Mariupol blockierten ukrainischen Nazi-Kämpfern und den ausländischen Söldnern angeboten, die Kampfhandlungen einzustellen und die Waffen niederzulegen, und zwar ab Sonntag, 06:00 Uhr Moskauer Zeit (05:00 Uhr Berliner Zeit), wobei ihnen ihr Leben garantiert wird. Dies sagte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Hauptquartiers für die Koordinierung der humanitären Hilfe in der Ukraine und Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, in einer Erklärung. Ihm zufolge haben die russischen Streitkräfte diese Entscheidung "angesichts der katastrophalen Situation im Stahlwerk Azowstal und nach rein humanen Grundsätzen" getroffen.

Für die praktische Durchführung dieser humanitären Operation werde folgender Aktionsplan vorgeschlagen: Ab 05:00 Uhr Moskauer Zeit (04:00 Uhr Berliner Zeit) wird eine ständige Kommunikation zwischen der russischen und der ukrainischen Seite eingerichtet, um Informationen auszutauschen; ab 05:30 Uhr Moskauer Zeit (04:30 Uhr Berliner Zeit) wird

völliger Waffenstillstand ausgerufen; um 06:00 Uhr Moskauer Zeit (05:00 Uhr Berliner Zeit) hissen die Parteien Flaggen: russisch – rot, ukrainisch – weiß entlang des gesamten Perimeters des Azowstals. Die Parteien bestätigen außerdem über alle Kommunikationskanäle, dass sie zur Umsetzung der Schweigepflicht bereit sind. Von 06:00 bis 13:00 Uhr Moskauer Zeit (von 05:00 bis 12:00 Uhr Berliner Zeit) sollen alle ukrainischen bewaffneten Einheiten und ausländischen Söldner ohne Waffen und Munition abziehen.

Misinzew betonte, dass der Inhalt der Gespräche zwischen den ukrainischen Nazi-Kämpfern und den internationalen Söldnern, die in Mariupol bei den Azowstal-Hüttenwerken blockiert sind, ihre verzweifelte Lage zeige: Sie fordern vom offiziellen Kiew beharrlich die Erlaubnis zur Kapitulation, erhalten aber als Antwort Drohungen mit Erschießungen. In der Erklärung heißt es:

"Am 16. April 2022 wurde eine starke Zunahme der Intensität des Funkverkehrs zwischen militanten nationalistischen Formationen der Ukraine und ausländischen Söldnern festgestellt, die in Mariupol im Stahlwerk Azowstal blockiert waren. Gleichzeitig zeigt der Inhalt der abgehörten Funksprüche (367 wurden allein in den letzten 24 Stunden empfangen), dass sich die Widerstandskämpfer in einer verzweiferten Lage befinden, praktisch ohne Nahrung und Wasser. Sie fordern von den offiziellen Behörden in Kiew hartnäckig die Erlaubnis, ihre Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. Gleichzeitig verbieten Vertreter der ukrainischen Behörden dies kategorisch und drohen mit späteren Erschießungen unter Kriegsbedingungen." Diese dringende Erklärung werde die ganze Nacht hindurch auf sämtlichen Radiokanälen alle 30 Minuten an die ukrainischen Verbände in Azowstal gesendet, so Misinzew. Sie werde auch über alle verfügbaren Medien an die Vereinten Nationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die OSZE und andere internationale Organisationen weitergeleitet werden, erklärte er weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bb78548fbef418925b1e9.jpg>

10:10 (9:10) **novorosinform.org: Die USA versorgen die Ukraine mit neuen Waffen und Hubschraubern**

Der Gesamtwert der von Amerika bereitgestellten Hilfe übersteigt drei Milliarden Dollar. Eine weitere Waffenlieferung im Wert von 800 Millionen Dollar sei aus den Vereinigten Staaten in der Ukraine eingetroffen, berichtet CNN.

Es umfasse 11 Mi-17-Hubschrauber, 18 155-mm-Haubitzen, ein Anti-Artillerie-Radar, 200 gepanzerte Personaltransporter und 300 Switchblade-Drohnen.

Wir erinnern daran, dass gestern durch die russischen Streitkräfte ein militärisches Transportflugzeug in der Nähe von Odessa abgeschossen wurde, das eine große Menge Waffen für die Streitkräfte der Ukraine aus westlichen Ländern liefern sollte.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium davor gewarnt, dass jeder Transport mit militärischer Unterstützung in die Ukraine ein legitimes Ziel für unsere Armee sei.



https://novorosinform.org/content/images/30/65/43065_720x405.jpg

9:25 de.rt.com: **Russland kritisiert westliche Waffenpolitik in Bezug auf die Ukraine**

Medienberichten zufolge habe Moskau eine diplomatische Note an das US-Außenministerium bezüglich der westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine geschickt. Darin wird der Westen angeblich unter anderem beschuldigt, strenge Grundsätze für den Waffentransfer in Konfliktgebiete zu verletzen.

Russland hat Berichten zufolge diese Woche eine offizielle diplomatische Note an die USA geschickt, in der es davor warnt, dass eine weitere Bewaffnung der Ukraine durch Washington und seine Verbündeten zu "unvorhersehbaren Konsequenzen" führen könnte. Das berichtete die Washington Post am Freitag.

Dem Blatt liege nach eigenen Angaben eine Kopie des Schreibens vor, das zu dem Zeitpunkt verschickt wurde, als US-Präsident Joe Biden ein Militärhilfepaket im Wert von 800 Millionen US-Dollar genehmigte, was eine erhebliche Ausweitung der Waffenlieferungen an Kiew bedeutet.

Da sich der Gesamtbetrag der US-Militärhilfe für die Ukraine seit dem 24. Februar auf mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar beläuft, sei die diplomatische Note am Dienstag, dem 12. April, von der russischen Botschaft in Washington an das US-Außenministerium weitergeleitet worden. Sie trug den Titel "Über die Bedenken Russlands im Zusammenhang mit den massiven Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung an das Kiewer Regime".

Die Washington Post behauptet, dass Russland in dem Schreiben "Mehrfachraketenabschuss-Systeme" als "äußerst sensibel" bezeichnet. Moskau beschuldige die USA und ihre NATO-Verbündeten, "strenge Grundsätze" für den Waffentransfer in Konfliktgebiete zu verletzen und die "Gefahr, dass Hochpräzisionswaffen in die Hände von radikalen Nationalisten, Extremisten und Banditentruppen in der Ukraine fallen", nicht anzuerkennen.

In dem Schreiben werde die NATO außerdem beschuldigt, Kiew unter Druck zu setzen, die Verhandlungen mit Russland abubrechen, "um das Blutvergießen fortzusetzen". Washington werde zudem vorgeworfen, andere Länder dazu zu zwingen, die militärische und technische Zusammenarbeit mit Russland einzustellen. Und es würden Nationen mit Waffen aus der Sowjetära dazu ermutigt, diese an die Ukraine zu liefern. Die Zeitung zitiert das Dokument wie folgt:

"Wir fordern die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten auf, die unverantwortliche Militarisierung der Ukraine zu stoppen, die unvorhersehbare Konsequenzen für die regionale und internationale Sicherheit mit sich bringt."

Weder die russische Botschaft noch das US-Außenministerium haben sich bisher zu dem Brief oder seinem Inhalt geäußert, und keine der beiden Seiten hat eine offizielle Stellungnahme abgegeben.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur

Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen. Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6259a03c48fbef421a23d7d3.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.4.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 338 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **28 Zivilisten, darunter 3 Kinder, verletzt**. 36 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 61 ukrainische Nationalisten, ein 122mm-Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, einen Schützenpanzer, 2 Schützenpanzerwagen und einen Lastwagen vernichtet. Ein Panzer und 2 Schützenpanzer wurden erbeutet.

9:50 de.rt.com: **Strom und Gas werden in Deutschland noch teurer**

Um die Strom- und Gasrechnung zu begleichen, müssen viele Menschen in Deutschland bald noch tiefer in die Tasche greifen. Denn die derzeit auf einem Höchstniveau befindlichen Energiepreise werden in den kommenden Monaten insgesamt weiter steigen. Das teilte das Vergleichsportal Verivox am Sonntag mit.

Für die Monate April, Mai und Juni hätten Grundversorger, in deren Gebiet 13 Millionen Haushalte liegen, beim Strom 166 Preiserhöhungen angekündigt – im Schnitt verteuern sich die Tarife hierbei um 19,5 Prozent. Beim Gas zählt Verivox im zweiten Quartal 118 Preiserhöhungen von Grundversorgern, in deren Gebiet sieben Millionen Haushalte liegen. Im

Schnitt verteuern sich die Tarife hierbei um 42,3 Prozent.

Verivox-Energiefachmann Thorsten Storck betont:

"Alle Gasanbieter in Deutschland haben mit historisch hohen Einkaufspreisen zu kämpfen. [...] Der Krieg in der Ukraine und ein möglicher Gas-Lieferstopp verschärfen die Situation noch zusätzlich."

Daher müssten sich die Verbraucherinnen und Verbraucher auch in den kommenden Monaten auf steigende Preise einstellen, so Storck.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625bc038b480cc34123335f3.jpg>

11:07 (10:07) novorosinform.org: **Kiew gab "Asow" den Befehl, jeden zu erschießen, der sich ergeben will – Verteidigungsministerium**

Den Kämpfern ist es verboten, Verhandlungen über die Übergabe von Waffen zu führen.

Das Kiewer Regime verbot seinen im Asowstal-Werk blockierten Militärangehörigen, Verhandlungen über die Kapitulation zu führen, und befahl den Nazis von „Asow“, jeden zu erschießen, der unter ukrainischem Militärpersonal und ausländischen Söldnern die Waffen niederlegen wolle. Das teilte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow bei einem Briefing mit.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sind auf dem Territorium des Unternehmens Asowstal bis zu 400 ausländische Söldner eingeschlossen.

„Die meisten von ihnen sind Bürger europäischer Länder sowie Kanadas. Bei weiterem Widerstand würden sie alle vernichtet“, warnte das russische Verteidigungsministerium.

Zuvor war das ukrainische Militär in Mariupol aufgefordert worden, von 6.00 bis 13.00 Uhr die Waffen niederzulegen und die Kerker von Asowstal zu verlassen.

Bis heute haben sich 1.464 Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine in der Stadt ergeben.



https://novorosinform.org/content/images/30/67/43067_720x405.jpg

11:35 (10:35) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium meldete die Vernichtung von mehr als tausend ausländischen Söldnern in der Ukraine**

Etwa die gleiche Anzahl von ihnen weigerte sich, an den Feindseligkeiten teilzunehmen, und floh aus dem Land.

Die Ukraine habe 6824 ausländische Söldner aus 63 Staaten in die sogenannte Fremdenlegion eingezogen. Dies wurde im russischen Verteidigungsministerium gemeldet.

Die meisten Söldner kamen aus Polen – 1717 Menschen, etwa 1,5 Tausend aus den USA, aus Kanada und Rumänien, Großbritannien und Georgien jeweils etwa 300 Menschen. Aus den türkisch kontrollierten Gebieten der Arabischen Republik Syrien 193 Personen.

Sie kämpften als Teil ukrainischer Truppen in Kiew, Charkow, Odessa, Nikolajew und Mariupol. Die russischen Streitkräfte hätten bereits 1035 ausländische Söldner vernichtet, weitere 912 Menschen seien einfach aus der Ukraine geflüchtet.

Das Verteidigungsministerium erinnerte daran, dass ausländische Söldner nicht den Status von „Kombattanten“ haben, sodass das Beste, was sie erwartet, eine strafrechtliche Verantwortlichkeit und lange Haftstrafen seien.

Auf dem Territorium des Asowstal-Werks sind jetzt etwa 400 Ausländer blockiert, die sich nicht ergeben können. Kiew befahl, jeden zu erschießen, der versuchte, seine Waffen abzugeben.



https://novorosinform.org/content/images/30/68/43068_720x405.jpg

11:40 (10:40) rusvesna.su: **Sondereinsatz auf persönlichen Wunsch von Erdogan in Mariupol: Einzelheiten**

Während des morgendlichen Briefings des russischen Verteidigungsministeriums über die

Lage in der Zone der Sonderoperation berichtete Generalmajor Igor Konaschenkow über eine Operation, die im Auftrag des türkischen Präsidenten in Mariupol durchgeführt wurde. „Im Zuge der Offensivaktionen zur Befreiung der Stadt Mariupol wurde auf Ersuchen des Präsidenten der Republik Türkei, Erdogan, am 16. eine türkische Moschee geräumt“, sagte das Verteidigungsministerium in einer Erklärung. Laut Konaschenkov wurde die Moschee infolge der selbstlosen Aktionen einer russischen Spezialeinheit befreit, 29 Kämpfer, darunter ausländische Söldner, seien getötet worden. Die Geiseln (Bürger eines der GUS-Staaten) wurden freigelassen und an einen sicheren Ort gebracht.

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 17.04.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

30 Mann;

1 Panzer;

2 Schützenpanzerwagen;

5 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 24 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm auf Donezkij und Perwomajsk abgefeuert.

Dabei

- wurden in Perwomajsk 3 Wohnhäuser beschädigt;

- wurde in Donezkij eine Stromleitung beschädigt. 1222 Verbraucher in Donezkij und Golubowskoje haben keinen Strom.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Gestern besuchte ein Mitglied der gesellschaftlichen Kammer der RF, Maxim Grigorjew, Rubeshnoje, Zweck des Besuchs war die Organisation der Arbeit des Internationalen gesellschaftlichen Tribunals zur Ukraine in den befreiten Bezirken der LVR.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien.

11:05 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium meldet Zerstörung einer Munitionsfabrik bei Browary

Russische Streitkräfte haben eine Munitionsfabrik in der Nähe des Dorfes Browary mit hochpräzisen Luftabwehrraketen zerstört. Dies teilte Generalmajor Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Sonntag vor Reportern mit. Er erklärte:

"Über Nacht haben hochpräzise Flugkörper eine Munitionsfabrik in der Nähe der Ortschaft Browary im Gebiet Kiew zerstört."

Nach Angaben des Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums zerstörte die operative und taktische Luftfahrt 68 ukrainische Militäreinrichtungen. Konaschenkow sagte: "Darunter wurden in den Bezirken Kriwaja Luka und Krasnoarmejsk zwei S-300 Aufklärungs- und Zielortungsgeräte und im Gebiet Sewerodonezk ein Boden-Luft-Raketensystem Osa AKM, sechs Depots mit Raketen-Artilleriewaffen und Treibstoff zerstört."

Konaschenkow fügte hinzu, dass die operative und taktische Luftfahrt auch 40 Gebiete traf, in denen ukrainische Militärausrüstung und Personal in den Siedlungen Kremennaja, Krasny Liman, Kolodesi, Torskoje, Jampolowka und Nowoselowka konzentriert waren. Er erklärte: "Die Heeresflieger haben in der Nacht vier Truppenkonzentrationen mit Personal und Ausrüstung sowie einen Fahrzeugkonvoi auf dem Marsch getroffen. Mehr als 50 ukrainische Soldaten wurden dabei getötet, sieben Schützenpanzer und Transportpanzer sowie 14 gepanzerte Fahrzeuge wurden zerstört."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bd634b480cc1cf2057e03.jpg>

11:08 de.rt.com: **Ehefrau von Oppositionsführer Medwedtschuk bittet Putin um Austausch ihres Mannes aus Gefangenschaft**

In einer emotionalen Videoansprache hat sich die Ehefrau des inhaftierten ukrainischen Oppositionspolitikers Wiktor Medwedtschuk an Putin gewandt. Demnach habe ihr Mann sein Einverständnis gegeben, ausgetauscht und an Russland ausgeliefert zu werden.

Oksana Martschenko, die Ehefrau des inhaftierten ukrainischen Oppositionspolitikers Wiktor Medwedtschuk, hat am Wochenende eine Videoansprache an den russischen Präsidenten Wladimir Putin veröffentlicht, in der sie ihn um Unterstützung bei der Freilassung ihres Mannes bittet. Es ist nicht ihr erstes Ersuchen. Zuvor hatte Martschenko bereits Anfang dieser Woche an den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan appelliert.

In dem Video bittet sie Putin, die ukrainischen Behörden dazu zu bewegen, ihren Ehemann gegen zwei britische Söldner auszutauschen, die sich Berichten zufolge Anfang der Woche in Mariupol den russischen Truppen ergeben haben sollen. Demnach habe ihr Mann sein Einverständnis gegeben, "ausgetauscht und in das Gebiet der Russischen Föderation überführt zu werden, sollten die russische und die ukrainische Seite entsprechende Vereinbarungen treffen".

"Sie wissen sehr wohl, dass der für Wiktor anberaumte Prozess nichts mit gesundem Menschenverstand zu tun hat und ein anschauliches Beispiel für unrechtmäßige Repressalien gegen einen unerwünschten Politiker wegen seiner konsequenten, prinzipientreuen und offenen Haltung ist", erklärte Martschenko in ihrer Ansprache an Putin. Sie glaube nicht an die Möglichkeit eines fairen Prozesses für ihren Mann und argumentierte, dass der Austausch ein Weg sein könnte, ihn zu "retten", so Martschenko weiter.

Diese Hoffnung hätte sie zu ihrem früheren Appell an die Familien und Freunde der britischen Staatsangehörigen Aiden Aslin und Shaun Pinner sowie an Premierminister Boris Johnson inspiriert. "Aber noch etwas anderes ist wichtig: Das Leben meines Mannes liegt mir genauso am Herzen wie das Leben von Tausenden von SBU-Gefangenen, die jetzt in den Kerkern des SBU schmachten. Die Menschen werden nur deshalb abgeführt, weil sie ihre Meinung geäußert und die Wahrheit gesagt haben", heißt es in dem Video.

Sie fügte hinzu, dass sich unter den Gefangenen viele bekannte Persönlichkeiten befänden,

worauf die Frau des inhaftierten Oppositionspolitikers mehrere Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens nannte. "Ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um diese Menschen und natürlich auch meinen Mann frei zulassen", appellierte Martschenko an Putin gewandt. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hatte zuvor die Hoffnung geäußert, dass Boris Johnson umgehend auf Martschenkos Vorschlag reagieren werde. Sie schlug außerdem vor, dass die britische Außenministerin Liz Truss erklären solle, was die Briten überhaupt in der Ukraine zu suchen haben.

Neben ihren Appellen an Putin, Johnson und die Familien von Aslin und Pinner nahm Martschenko am Samstag auch eine Ansprache an den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman auf. Unter Hinweis auf die "historisch engen Beziehungen" zwischen Riad und dem Vereinigten Königreich äußerte sie die Hoffnung, dass bin Salman mit Johnson sprechen könnte, der wiederum den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij dazu bewegen könnte, Medwedtschuk gegen die Briten auszutauschen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bc3b648fbef418925b1f6.jpg>

11:30 de.rt.com: **Ukraine: Am 17. April wird es keine Evakuierung durch humanitäre Korridore geben**

Die stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für die Wiedereingliederung der nicht kontrollierten Gebiete der Ukraine, Irina Wereschtschuk, hat angekündigt, dass am Sonntag aus Sicherheitsgründen keine Evakuierung von Zivilisten über humanitäre Korridore stattfinden wird. Auf ihrer Telegramm-Seite schrieb sie:

"Heute Morgen am 17. April können wir leider keine humanitären Korridore mehr öffnen." Sie versprach, die Evakuierung über die humanitären Korridore so bald wie möglich wieder aufzunehmen.

Michail Misinzew, Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, hatte am Vortag erklärt, dass das russische Militär 15.837 Menschen, darunter 2.659 Kinder, aus gefährlichen Gebieten der Ukraine und der Volksrepubliken Donezk und Lugansk ohne Beteiligung Kiews nach Russland evakuiert habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bdd5448fbef421a23d862.jpg>

11:59 de.rt.com: **Bericht: US-Beamte besorgt über Bidens "Völkermord"-Vorwurf**

Laut einem US-amerikanischen Sender sind US-Beamte über den Vorwurf des Völkermords besorgt, den Biden gegenüber Moskau bezüglich der Ukraine erhoben hatte. Die jetzigen Informationen der US-Geheimdienste würden zudem einen solchen Vorwurf nicht unterstützen.

Der von US-Präsident Joe Biden Anfang der Woche geäußerte Vorwurf, Moskau begehe in der Ukraine einen "Völkermord", habe bei Beamten im Weißen Haus Besorgnis ausgelöst und sei von den US-Geheimdiensten nicht bestätigt worden, wie NBC News am Freitag unter Berufung auf hochrangige US-amerikanische Regierungsbeamte berichtete.

Die Behauptung des Völkermordes "wurde bisher nicht durch Informationen bestätigt, die von US-Geheimdiensten gesammelt wurden", hieß es in der Meldung des Senders.

Das Nachrichtenportal zitierte zwei Beamte des Außenministeriums mit den Worten, Bidens Äußerungen würden es für die Behörde schwieriger machen, "ihre Aufgabe glaubwürdig zu erfüllen", da es eigentlich dem Ministerium obliege, Völkermord und andere Kriegsverbrechen formell festzustellen. Zudem wird ein US-Geheimdienstmitarbeiter zitiert: "Völkermord beinhaltet das Ziel, eine ethnische Gruppe oder eine Nation zu zerstören, und das ist bisher nicht das, was wir (in der Ukraine) sehen."

Jedoch seien die US-Nachrichtendienste besorgt, dass Russlands Handlungen in Zukunft "auf einen Völkermord hinauslaufen könnten", fügte NBC hinzu.

Am Dienstag beschuldigte Biden in einer innenpolitisch ausgerichteten Rede im US-Bundesstaat Iowa Moskau des Versuchs, "die Idee, Ukrainer zu sein, auszulöschen". Die Erklärung erfolgte, nachdem Kiew behauptet hatte, dass russische Truppen in Butscha und anderen Städten nahe der ukrainischen Hauptstadt Zivilisten getötet hätten. In dem Gebiet, aus dem sich die russischen Streitkräfte Ende März zurückzogen, wurden Massengräber und Leichen mit Hinrichtungsspuren entdeckt.

Moskau bestreitet, dass seine Streitkräfte für den Tod von Zivilisten in Butscha oder anderswo in der Ukraine verantwortlich sind, und wirft Kiew vor, eine Verleumdungskampagne zu führen.

Vor dem Beginn seiner Offensive hatte Russland die Ukraine beschuldigt, einen "Völkermord" an der Bevölkerung des Donbass zu begehen. Diese Behauptung wurde sowohl von der Ukraine als auch von den USA und UN-Generalsekretär António Guterres zurückgewiesen.

Russische Truppen waren Ende Februar in das Nachbarland einmarschiert, nachdem die Ukraine die Bedingungen der 2014 unterzeichneten Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt und Moskau zudem die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk anerkannt und mit ihnen einen Beistandspakt unterzeichnet hatte. Mit den von Deutschland und Frankreich

vermittelten Minsker Vereinbarungen sollte den abtrünnigen Regionen ein Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates verliehen werden.

Die russische Regierung fordert Kiew dazu auf, dass die Ukraine sich offiziell als ein neutrales Land erklärt und somit niemals dem von den USA geführten NATO-Militärblock beitreten wird. Kiew beharrt dagegen darauf, dass die russische Offensive völlig unprovokiert gewesen sei, und wies zudem Behauptungen zurück, es habe geplant, die beiden Volksrepubliken mit Gewalt zurückzuerobern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625ad58fb480cc509e5609ed.jpg>

nachmittags:

12:56 de.rt.com: **Gewaltsame Auseinandersetzungen um al-Aqsa-Moschee in Jerusalem**

In Jerusalem ist es erneut zu Kämpfen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften gekommen. Während die israelische Seite den Palästinensern die Schuld gibt, sprechen die Palästinenser von einer versuchten Erstürmung des Moscheegeländes durch jüdische Gruppen unter Polizeischutz.

In Jerusalem ist es erneut zu einer Konfrontation zwischen israelischen Sicherheitskräften und Palästinensern gekommen, nachdem israelische Polizisten das Gelände um die al-Aqsa-Moschee betreten hatten, wie die Zeitung Hürriyet Daily News berichtet. Bereits vor zwei Tagen war es auf dem Tempelberg in der für die drei monotheistischen Religionen heiligen Stadt zu schweren Auseinandersetzungen gekommen.

Die israelische Polizei begründete ihre Aktion, bei der sie das Gelände vor der Moschee von Palästinensern räumte, damit, dass sie einen routinemäßigen Besuch von Juden zur heiligen Stätte ermöglichen wolle. Zudem warfen die israelischen Sicherheitskräfte den Palästinensern vor, in Vorbereitung möglicher Zusammenstöße Steine gesammelt und Barrikaden errichtet zu haben. Die Polizei erklärte, die Religionsfreiheit sowohl von Muslimen als auch von Juden durchsetzen zu wollen.

Ein Korrespondent des arabischen Senders Al Mayadeen, der in der Nähe der libanesischen Miliz Hisbollah verortet wird, berichtete hingegen, dass es sich um einen Erstürmungsversuch israelischer Siedler unter dem Schutz der israelischen Sicherheitskräfte gehandelt habe. Die Siedler wollten angeblich in die südliche Gebetshalle der Moschee, die die drittheiligste Stätte des Islams ist, gelangen.

Bei den aktuellen Zusammenstößen sind laut Angaben palästinensischer Rettungskräfte zehn Menschen verletzt worden.

Die israelische Polizei beschuldigte palästinensische Jugendliche zudem, in der Nähe der Ostjerusalemmer Altstadt Steine auf Busse geworfen zu haben, in denen sich jüdische Besucher befunden hätten. Die Sicherheitskräfte nahmen mindestens zwei Verdächtige fest.

Derweil erklärte die iranische Revolutionsgarde am Freitag ihre "unbeirrte Unterstützung für

Palästina". Die jüngsten "israelischen Aggressionsakte" nach "den jüngsten Operationen junger und gläubiger Palästinenser gegen das zionistische Regime" würden zeigen, dass Tel Aviv sich vor der Entstehung einer "modernen Intifada" fürchte. Die iranische Eliteeinheit wies zudem darauf hin, dass die "israelische Entweihung" der al-Aqsa-Moschee und die "brutalen Angriffe auf wehrlose Gläubige" zum Scheitern verurteilt seien und den "heldenhaften Aufstand der Intifada-Kämpfer" nicht untergraben werden würden. Der Aufstand werde den "Zionisten zu noch ernsteren Albträumen und Herausforderungen" zwingen.

Vor einem Jahr brach nach Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Demonstranten und israelischen Polizisten in Jerusalem ein elftägiger Krieg zwischen der islamistischen Hamas und der israelischen Armee aus.

Ostjerusalem ist seit der Eroberung des Gebiets durch Israel im Sechstagekrieg im Jahr 1967 zwischen Palästinensern und Israelis umstritten. Während Palästinenser den Stadtteil als Hauptstadt eines zukünftigen eigenen Staates beanspruchen, annektierte Israel kurz nach der Eroberung das Gebiet in einem international nicht anerkannten Schritt.

Besonders umstritten ist der Status des Tempelberges, auf dem sich die al-Aqsa-Moschee befindet, die eine besondere Bedeutung für Muslime hat. Aber auf dem Terrain soll sich in der Antike ebenfalls der israelitische Tempel befunden haben. Während die meisten jüdischen Strömungen eine Wiederrichtung des Tempels ablehnen und keine Schritte unternehmen, um den derzeitigen Status quo zu ändern, fordern nationalistisch-fundamentalistische jüdische Gruppen, den Tempelberg erneut als jüdische Glaubensstätte zu errichten.

Jahrelang war es jüdischen Besuchern eigentlich verboten, das Gebiet für Gebete zu betreten, um Spannungen zu vermeiden, jedoch versuchten in der letzten Zeit einige radikale jüdische Gruppen immer wieder, unter Polizeischutz das Gebiet des Tempelberges zu betreten, was von Palästinensern als Provokation empfunden wird, da sie das als Schritt hin zur Übernahme der al-Aqsa-Moschee befürchten, was Israel jedoch abstreitet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bf07648fbef42a325162d.jpg>

13:00 de.rt.com: **Kiew warb seit Beginn der russischen Sonderoperation über 6.800 ausländische Söldner an**

Seit Beginn der Sonderoperation hat Kiew mehr als 6.800 ausländische Söldner aus 63 Ländern angeheuert. Dies teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow mit. Er erklärte:

"Insgesamt 6.824 ausländische Söldner aus 63 Ländern hat das nationalistische Regime in Kiew seit Beginn der militärischen Sonderoperation in die Ukraine geholt."

Nach Angaben des Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums kamen die meisten Söldner aus Polen – 1.717. Er fügte hinzu:

"Etwa 1.500 Söldner kamen aus den USA, Kanada und Rumänien. Aus dem Vereinigten

Königreich und Georgien jeweils bis zu 300. Aus den von der Türkei kontrollierten Gebieten der Arabischen Republik Syrien kamen 193 Personen."

Die russischen Streitkräfte haben bisher 1.035 ausländische Söldner getötet, ihre Zahl ist rückläufig und liegt derzeit bei 4.877. Konaschenkow sagte:

"Weitere 912 Söldner haben sich geweigert, an den Kampfhandlungen teilzunehmen und sind aus dem Land geflohen."

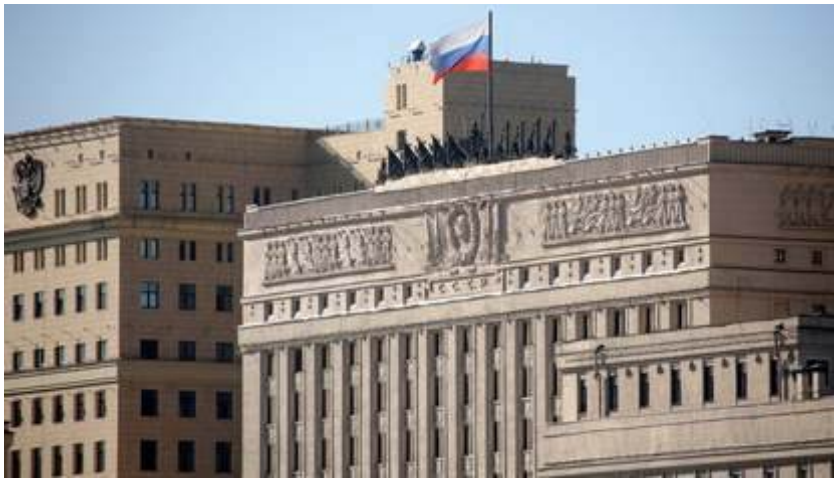
Er erinnerte daran, dass ausländische Söldner nach dem humanitären Völkerrecht keinen Kombattantenstatus haben. Konaschenkow erklärte:

"Sie kamen in die Ukraine, um mit dem Töten von Slawen Geld zu verdienen. Daher sind das Beste, was sie erwartet, strafrechtliche Verantwortung und lange Haftstrafen."

Er wies auch darauf hin, dass rund 400 ausländische Söldner, die meisten von ihnen aus Europa und Kanada, als Teil einer ukrainischen Gruppe bei Azowstal eingekesselt sind.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass der Funkverkehr zwischen den Kämpfern in Mariupol in sechs Fremdsprachen abgewickelt wurde. Konaschenkow betonte:

"Im Falle von weiterem Widerstand werden sie alle vernichtet."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625be6d4b480cc1ef720e283.jpg>

13:30 de.rt.com: **Russisches Außenministerium sieht Risiken eines Zusammenstoßes mit der NATO in der Arktis**

Nikolai Kortschunow, Sonderbotschafter des russischen Außenministeriums und Vorsitzender des Ausschusses hoher arktischer Beamter des Arktischen Rates, hat gesagt, Russland sei besorgt über die Beteiligung nicht-arktischer NATO-Staaten an den militärischen Aktivitäten des Bündnisses in nördlichen Breitengraden. Ihm zufolge bestehe die Gefahr unbeabsichtigter Zwischenfälle, die neben den Sicherheitsrisiken "dem empfindlichen arktischen Ökosystem schweren Schaden zufügen" könnten.

Kortschunow erinnerte daran, dass vor Kurzem im Norden Norwegens neue groß angelegte Militärübungen des Bündnisses stattgefunden haben. Nach Ansicht der russischen Seite tragen sie nicht zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region bei.

Der russische Diplomat betonte, dass der Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO negative Auswirkungen auf die Sicherheit und das Vertrauen in der Arktis haben würde. Eine Ausweitung des Bündnisses auf "traditionell bündnisfreie Länder" würde daher nicht zu Sicherheit und gegenseitigem Vertrauen in der arktischen Zone beitragen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bf04cb480cc17224264f0.jpg>

14:05 de.rt.com: **Ultimatum für die in Asowstal blockierten Nazi-Kämpfer ist abgelaufen**
Um 13:00 Uhr Moskauer Zeit (12:00 Uhr Berliner Zeit) lief das Ultimatum für die bei Asowstal blockierten Kämpfer für die Ukraine ab. Das russische Militär sperrte humanitäre Korridore, durch die ukrainische Nationalisten aus der Umzingelung von 06:00 bis 13:00 Uhr Moskauer Zeit (von 05:00 bis 12:00 Uhr Berliner Zeit) fliehen konnten.
In der Nähe von Asowstal aufgenommenes [Filmmaterial](#) ist bereits im Internet aufgetaucht – die russische Luftwaffe hat mit Angriffen auf die Anlage begonnen.

lug-info.com: **Die Einwohner der befreiten Bezirke der LVR sind froh über das Erscheinen von Soldaten der Volksmiliz der Republik** und begrüßen sie herzlich, erklärte heute das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik in einer Sendung von „Rossija 1“.
„Wir treffen in der überwiegenden Mehrheit auf positive Gefühle von Einwohnern dieser Territorien. Sie sind wirklich froh über unser Erscheinen, froh darüber, dass wir sie endlich von der faschistischen Regierung befreit haben, die sie acht Jahre lang bedroht hat“, sagte er. Pasetschnik merkte an, dass aber auch Menschen zu finden sind, die sich gegenüber den Verteidigern der Republik skeptisch verhalten.
„Wir verstehen diese Situation, weil die Menschen acht Jahre lang eingeschüchtert wurden. Meistens ist dieses Verhalten uns gegenüber mit der Angst verbunden, dass die ukrainische Staatsmacht zurückkehren, sich rächen und unsere Menschen wieder misshandeln könnte“, erklärte das Oberhaupt der LVR.
Er unterstrich, dass die LVR „mit absolutem Frieden“ in die befreiten Territorien gehe.
„Wir wollen uns an niemandem rächen, wir wollen niemanden bestrafen, denn wir wissen, dass die Menschen unter dem Lauf von Maschinenpistolen lebten und sie nicht besonders viele Möglichkeiten hatten, Jeder überlebte, wie es gerade ging. Wir haben Verständnis für diese Probleme“, fügte das Staatsoberhaupt der Republik hinzu.

14:53 de.rt.com: **Medienberichte: China wird keine Getreidevorräte freigeben, um Westen entgegenzukommen**

Aufgrund des Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine steigen die Getreidekosten deutlich. Vertreter westlicher Staaten sollen China Berichten zufolge aufgefordert haben, seine Getreidereserven freizugeben, um die westlichen Märkte zu entlasten.
Chinas Regierung plant nicht, die massiven Getreidereserven des Landes freizugeben, um den westlichen Ländern, die mit historisch hohen Lebensmittelpreisen zu kämpfen haben, die dringend benötigte Erleichterung zu verschaffen. Das berichtete die chinesische Lokalzeitung Xinjiang Daily am Freitag. Das Blatt berichtete:
"Einige ausländische Medien haben kürzlich behauptet, dass der Aufbau der chinesischen

Getreidereserven angeblich den [russisch-ukrainischen] Konflikt 'vorwegnahm', indem er einen Preisanstieg auf den globalen Getreidemärkten verursachte. Sie haben China sogar aufgefordert, 20 Prozent seiner Getreidevorräte freizugeben, um den europäischen Markt zu retten."

Die Zeitung fügte hinzu, dass diese Forderungen "absurd und unangemessen" seien.

Im Dezember schätzte das US-Landwirtschaftsministerium, dass China in der ersten Hälfte des Erntejahres 2022 über 69 Prozent der weltweiten Vorräte an Mais, 60 Prozent der an Reis und 51 Prozent der Weizenvorräte verfügen werde.

In dem Zeitungsbericht wird hervorgehoben, dass die Getreidepreise in China seit Anfang 2022 aufgrund der anhaltenden Pandemie-Beschränkungen, der Dürre in Südamerika und des russisch-ukrainischen Konflikts unter Druck stehen. Dennoch sei es China gelungen, die Preise auf dem Inlandsmarkt stabil zu halten.

Einige westliche Kritiker werfen China vor, zur weltweiten Inflation, zum Anstieg der Lebensmittelpreise und zur regionalen Nahrungsmittelknappheit beizutragen, da das Land Jahr für Jahr Getreide in Rekordmengen importiert.

Der Publikation zufolge stellen "akute Engpässe" bei einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Sojabohnen und Sonnenblumenkernen eine Bedrohung für Chinas Ernährungssicherheit dar. Ein starker Rückgang der Getreidevorräte werde die nachhaltige Versorgung "ernsthaft beeinträchtigen" und Marktturbulenzen auslösen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625994e148fbef418925b152.jpg>

15:00 de.rt.com: **EU schickt weitere 50 Millionen Euro an die Ukraine**

Die Europäische Union unterstützt die Ukraine mit zusätzlichen Geldern für humanitäre Güter. Die EU stellt weitere 50 Millionen Euro bereit für Menschen, die unmittelbar vom Ukraine-Krieg betroffen sind, wie aus einer Mitteilung am Sonntag hervorgeht. Demnach sollen 45 Millionen an die Ukraine gehen und fünf Millionen an das Nachbarland Moldau. Die Gelder seien Teil der Mittel, die während einer für die Ukraine organisierten Geberkonferenz vergangenes Wochenende zugesagt wurden.

Damit hat die EU der Mitteilung zufolge nun 143 Millionen Euro für humanitäre Hilfen in Reaktion auf den Krieg bereitgestellt. Die neuen Gelder sollen unter anderem für medizinische Notfallhilfe, Zugang zu sauberem Trinkwasser sowie Notunterkünfte eingesetzt werden.

15:55 de.rt.com: **Von der Leyen fordert schnellere Waffenlieferungen an die Ukraine**

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die EU-Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, bei der Aufrüstung der Ukraine im Krieg mit Russland das Tempo zu erhöhen. Zugleich erklärte sie, die Ukraine entscheide selbst über mögliche Friedensbedingungen mit Russland.

Die Kommissionspräsidentin der Europäischen Union, Ursula von der Leyen, hat in einem Interview mit der Bild am Sonntag erklärt, dass sie schnellere Waffenlieferungen von EU-Staaten an die Ukraine wünscht. Zudem kündigte sie eine weitere Verschärfung der gegen Russland gerichteten Sanktionen an. Die EU-Spitzenpolitikerin sagte, sie wolle alles dafür tun, damit die Ukraine "diese brutale und durch nichts zu rechtfertigende Aggression Russlands abwehren kann", und fügte hinzu:

"Ich unterscheide nicht zwischen schweren und leichten Waffen. Die Ukraine muss das bekommen, was sie zur Verteidigung braucht und was sie handhaben kann."

Dabei verwies von der Leyen darauf, dass der europäische Staatenblock 1,5 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Ukraine ausgeben wird.

Auf die Frage, ob die deutsche Regierung die Ukraine im Stich lasse, weil sie bei der Lieferung von Panzern sehr zögerlich sei, antwortete die EU-Kommissionspräsidentin:

"Für alle Mitglieder gilt, wer kann, sollte schnell liefern. Denn nur dann kann die Ukraine in ihrem akuten Abwehrkampf gegen Russland bestehen."

Von der Leyen erklärte zudem, dass die Sanktionen gegen Russland wirken würden:

"Die Sanktionen fressen sich Woche für Woche tiefer in die russische Wirtschaft. (...)

Russlands Staatsbankrott ist nur eine Frage der Zeit. Putin zerstört mit diesem Krieg auch sein eigenes Land und die Zukunft seiner Bevölkerung."

Das in Planung befindliche nächste Sanktionspaket wird sich laut der EU-

Kommissionspräsidentin voraussichtlich gegen die Sberbank, die 37 Prozent des russischen Bankensektors kontrolliert, sowie gegen den Energiesektor richten. Brüssel plane "kluge Mechanismen", damit auch Erdöl zukünftig von den Sanktionen umfasst werden könne.

Von der Leyen lobte die Rolle der Bundesregierung bei dem jetzigen antirussischen Kurs der EU:

"Noch nie ist die EU so geschlossen, entschlossen und tatkräftig aufgetreten wie jetzt. Daran hat Deutschland seinen Anteil."

Die EU-Spitzenpolitikerin bekräftigte, dass die Ukraine in der Lage sei, den Krieg mit Russland zu gewinnen. Und sie ergänzte:

"Gewinnen heißt, dass wieder Frieden in der Ukraine herrscht. Zu welchen Bedingungen, entscheidet die Ukraine ganz alleine."

Am Ende des Interviews warnte von der Leyen, dass der Krieg noch Monate oder gar Jahre andauern könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bdd9eb480cc1f63021bda.jpg>

15:55 de.rt.com: **Rumänien sperrt Schwarzmeerhafen Constanța für russische Schiffe**

Die rumänische Seefahrtsbehörde (ANV) hat den Schwarzmeerhafen Constanța wegen des Ukraine-Kriegs für russische Schiffe gesperrt. Die Maßnahme trat am Sonntag, 0 Uhr Ortszeit (Samstag, 23 Uhr MESZ) in Kraft, berichtete die lokale Zeitung ZIUA de Constanța unter

Bezug auf die Verordnung der Behörde.

Mit der Regelung würden Wirtschaftssanktionen umgesetzt, die die Europäische Union (EU) gegen Russland wegen des Kriegs gegen die Ukraine verhängt hatte, hieß es weiter. Ausgenommen seien lediglich Seefahrzeuge, deren Besatzungen um Asyl ersuchen, die in lebensrettender Mission unterwegs oder in Seenot geraten sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625c10ac48fbef3f8f426dbd.jpg>

17:00 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Über 1.700 polnische Söldner und über 1.000 aus Nordamerika in Ukraine aktiv**

Laut Angaben des russischen Verteidigungsministeriums kommt die größte Söldnergruppe in der Ukraine aus Polen und umfasst mehr als 1.700 Söldner, gefolgt von 1.500 US-Amerikanern und Kanadiern. Britische und georgische Söldner sollen zu je 300 Mann in der Ukraine aktiv sein.

18:12 (17:12) novorosinform.org: **Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation eröffnete ein Verfahren nach dem Abriss des Schukow-Denkmal in Charkow**

Die Büste des sowjetischen Kommandeurs wurde am Sonntag, dem 17. April, von ukrainischen Kämpfern zerstört.

Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation eröffnete ein Strafverfahren wegen des Abrisses des Denkmals für den sowjetischen Marschall Georgs Schukow in Charkow.

„Ein Strafverfahren wurde wegen einer Straftat nach Abschnitt 4 des Artikels 354.1 des Strafgesetzbuches Russlands (Beleidigung des Andenkens der Verteidiger des Vaterlandes, begangen von einer Gruppe von Personen nach vorheriger Vereinbarung) eingeleitet“, heißt es, wie der Telegram-Kanal des Komitees mitteilte.

Die Behörde stellte fest, dass die Höchststrafe nach diesem Artikel eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren ist.



https://novorosinform.org/content/images/30/74/43074_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 17. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Mariupol im Stadtteil Wostotschnyj wurden Kabeleinrichtungen in einer Länge von 231 Meter gelegt, 2 optische Kupplungen wurden montiert.

An den Hochspannungsleitungen Telmanowo – Pawlopolskaja, Talakowskaja – Talakowka, Rybinskaja – Maximowka wurden Reparaturarbeiten durchgeführt an der Eisenbahnstation Wolnowachs wurden 500 Meter Leitungen repariert und montiert.

In Wolnowacha, Nowotroizkoje, Wolodarskoje, Mangusch, Nowoselowka, Nowoselowka Wtoraja, Terschmalyk, Granitnoje, Mirnoje und Staroignatjewka wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Fast 1000 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 7 Hektar untersucht, 387 explosive Objekte entschärft. In Mariupol, Wolonterowka, Kalinowo, Polkowoje und Anadol wurde humanitäre Hilfe in Form von 10.456 Paketen an die Bevölkerung ausgegeben.

Nach Slatoustowka und Blagodatnoje wurden je 24 Flaschen Flüssiggas geliefert. In Sartana wurde der Verkauf von Benzin organisiert. Es wurden Reparaturarbeiten durchgeführt und die Gasversorgung für Verbraucher in Wolnowacha gemäß den Anfragen wieder in Betrieb genommen. 50 Tonnen Wasser und 8,5 Tonnen humanitäres Brot wurden nach Mariupol geliefert.

In acht Ortschaften wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;

- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:54 de.rt.com: **Selenskij fordert Ukraine-Besuch von US-Präsident Biden**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat US-Präsident Joe Biden zu einem Besuch der Ukraine aufgerufen. In einem am Sonntag ausgestrahlten Interview mit dem Sender CNN erklärte er:

"Ich denke, er ist der Anführer der Vereinigten Staaten und deshalb sollte er kommen und sich das ansehen."

Es sei natürlich Bidens Entscheidung und hänge von der Sicherheitssituation ab, sagte Selenskij weiter. Er gehe aber davon aus, dass Biden kommen werde.

Biden hatte zuletzt erklärt, nach den jüngsten hochrangigen politischen Besuchen in Kiew ebenfalls zu erwägen, einen ranghohen Vertreter zu Gesprächen in die Ukraine zu schicken.

US-Medien hatten berichtet, die US-Regierung denke darüber nach, womöglich

Verteidigungsminister Lloyd Austin oder Außenminister Antony Blinken zu einem Besuch in die Ukraine zu entsenden.

Die USA hatten der Ukraine zuletzt weitere Waffen- und Munitionslieferungen im Wert von bis zu 800 Millionen Dollar (740 Millionen Euro) zugesagt. Insgesamt hat die US-Regierung bisher bereits Waffen im Wert von 2,5 Milliarden US-Dollar geliefert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625c31ebb480cc1722426507.jpg>

18:58 (17:58) novorosinform.org: **Die Ural-Stoßbrigade besiegte die Elite-Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Isjum – Medien**

Während der Operation nahmen russische Truppen laut dem Telegram-Kanal "Operation Z: Kriegsreporter des Russischen Frühlings" ukrainische Kämpfer gefangen.

Die Vorausabteilung der Ural-Stoßbrigade der Streitkräfte der Russischen Föderation besiegte die Elite-Spezialeinheiten und Einheiten der 79. Brigade der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Isjum in der Region Charkow. Das [berichtete](#) der Telegram-Kanal „Operation Z: Kriegsreporter des Russischen Frühlings“.

"In der Schlacht bei Borowaja in der Nähe von Isjum, Region Charkow, vertrieb die neu

gebildete Einheit nur mit den Vorkräften die Elite-Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine und die Streitkräfte der 79. Brigade aus dem Dorf und eroberte viele NATO-Waffen", heißt es in dem Bericht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die ukrainische Seite schwere Verluste erlitten habe, viele Kämpfer hätten sich ergeben. Die Korrespondenten versprechen, in naher Zukunft die Einzelheiten der Niederlage der ukrainischen Spezialeinheiten mitzuteilen.

Die Autoren des Kanals stellen fest, dass in der Ural-Stoßbrigade eine große Anzahl von Freiwilligen mit Erfahrung in Militäreinsätzen an Brennpunkten kämpfe.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/hdpfYHMUNIPgiRgg-oDHaZTH4fRAEaddoRyJpJsJRmeGr98LehzOaCTwvcFASqM_zEnL-MiXkFfy8m2-dNLEl7gnJrIe617tMThNgPxSbhoTaalWKmDODvW1Y1f4wIB2d7lAcda2vOoxr1OBpx793Y758Is6b7IOopoFK4WeH_eMASY1B2D5X7R5DM8DMuD_DvKBleZ747fmYD_JESpJcZSUcuL6TMNDAmACIUakGcg0m5mGLfqATGHVoaC40FXoWNBsEHTEIFdU3mz4MnVi_hjYOGTD8y2oYCtkv4AU0LuQzv11ZtSH8XmmE0EOOr8bXSRXvSv_oOpFd8cTtSGIA.jpg

abends:

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Die BFU haben den **Petrowskij-Bezirk von Donezk** angegriffen, beschossen wurde eine **Brigade von Rettungskräften** des Zivilschutzministeriums

Infolge eines Schlags von Nationalisten auf die Siedlung Tichij im Petrowskij-Bezirk der Stadt wurde eine Brigade des Zivilschutzministeriums getroffen. Die Verletzten wurden in eine medizinische Einrichtung gebracht, wo sie qualifizierte medizinische Behandlung erhielten.

Die Stadtverwaltung teilt mit, dass eine Gasleitung beschädigt war.

Schützen Sie sich und Ihre Familien, versuchen Sie, nicht ohne Notwendigkeit das Haus zu verlassen. Verlassen Sie bei Beschuss nicht den Schutzraum.

19:20 (18:20) rusvesna.su: **Moldawien weigerte sich, seine Kampfflugzeuge an die Ukraine zu verkaufen**

In den ersten Kriegstagen wandte sich die Ukraine an Moldawien mit der Bitte, ihr MiG-29 aus dem vorhandenen Bestand zu verkaufen oder zu übertragen, berichteten ukrainische Medien unter Berufung auf Quellen.

Moldawien verfügt über sechs MiG-29-Jäger, die auf einem Luftwaffenstützpunkt im Dorf Marculesti im Norden des Landes stationiert sind. Offiziellen Angaben zufolge sind alle funktionsfähig, aber die Flugzeuge sind seit langem nicht mehr gestartet. Chisinau versuchte lange, sie zu verkaufen, aber die Auktion scheiterte.

Quellen behaupten jedoch, dass Kiew als Antwort auf seine Anfrage eine kategorische Ablehnung von der Regierung Moldawiens erhalten habe, mit der Erklärung „Wir wollen

Russland nicht irritieren“.

Moldawien glaube, dass Russland dies als Verletzung des Neutralitätsprinzips betrachten würde.

19:40 (18:40) novorosinform.org: **Premierminister der Ukraine Schmygal bestätigte die Ablehnung einer Kapitulation der Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine in Mariupol**

Zuvor hatte das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation den Überresten der ukrainischen Nationalen Bataillone, die im Werk Asowstal blockiert sind, angeboten, sich zu ergeben.

Der ukrainische Premierminister Denis Schmygal hat in einem Interview mit ABC offiziell die Ablehnung einer Kapitulation der Überreste der ukrainischen Nationalen Bataillone in Mariupol bestätigt.

„Die Stadt ist immer noch nicht gefallen“, sagte Schmygal und stellte fest, dass ukrainische Truppen immer noch „einige Teile“ von Mariupol kontrollierten.

Das russische Verteidigungsministerium berichtete heute früh, dass das Kiewer Regime seinen in Asowstal blockierten Soldaten verboten habe, Verhandlungen über eine Kapitulation zu führen, und den Asow-Nazis befahl, jeden zu erschießen, der an Ort und Stelle die Waffen niederlegen wolle.



https://novorosinform.org/content/images/30/77/43077_720x405.jpg

18:58 de.rt.com: **Medwedew warnt EU vor eigener Zahlungsunfähigkeit wegen Russland-Sanktionen**

Russlands Ex-Präsident Dmitri Medwedew hat Europa davor gewarnt, bei einer Zahlungsunfähigkeit seines Landes selbst in große wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten: "Die Zahlungsunfähigkeit Russlands könnte zur Zahlungsunfähigkeit Europas werden."

Zugleich warf er EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor, sein Land in den Bankrott treiben zu wollen. Das sei die "geheime Absicht der Masochisten aus Brüssel".

Medwedew warnte die Europäer zudem vor weiteren Folgen der Sanktionen, die wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine gegen sein Land verhängt wurden. Als Beispiele nannte er eine Hyperinflation, die dann "nicht länger den bösen Russen zugeschrieben werden könne", sowie einen Mangel an Grundnahrungsmitteln. Die vielen Flüchtlinge aus der Ukraine könnten zudem eine "Welle von Gewaltverbrechen" zu Folge haben. Medwedew war von 2008 bis 2012 Präsident, zwischen zwei Amtszeiten von Wladimir Putin, der bis heute regiert.

20:50 (19:50) rusvesna.su: **Russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten Kommandoposten und andere militärische Einrichtungen der Streitkräfte der Ukraine**

Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten eine Reihe ukrainischer Militäreinrichtungen, darunter Kommandoposten. Dies teilte der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konacshenkov, mit.

„Die operativ-taktische Luftfahrt hat 44 Militäreinrichtungen der Ukraine zerstört. Darunter: im Gebiet Awdejewka zwei Kommandoposten und ein Ortungsgerät zur Beleuchtung und Zielerfassung des Flugabwehr-Raketensystems S-300; in den Bezirken Sawgorodnoje und Protopopowka wurden drei Depots mit Raketen- und Artilleriewaffen zerstört; In den Gebieten Krasnyj Liman, Nowoselowka, Rubischnoje, Ugledar, Popasnaja, Prischib und Gusarowka betraf es 23 Konzentrationsorte für Personal und ukrainische Militärausrüstung", sagte er bei einem Briefing.

20:57 (19:57) novorosinform.org: **Der Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade der Streitkräfte der Ukraine wurde in Mariupol liquidiert**

Baranjuks Leiche wurde bei einer Inspektion des Ortes entdeckt, an dem ukrainische Kämpfer besiegt wurden, die versuchten, aus der Einkreisung zu fliehen.

In Mariupol wurde die Leiche des Kommandeurs der 36. Marineinfanteriebrigade der Streitkräfte der Ukraine Wladimir Baranjuk gefunden. Dies teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, bei einem Briefing mit.

Er erinnerte daran, dass in der Nacht vom 11. auf den 12. April eine Gruppe von Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade der Streitkräfte der Ukraine versuchte, aus dem blockierten Iljitsch-Werk in Mariupol auszubrechen. Der Durchbruch der Kämpfer wurde von einer Spezialeinheit der Volksrepublik Donezk verhindert.

Während der Kämpfe wurden bis zu 50 Soldaten getötet, von denen fünf hochrangige Offiziere der Brigade waren, weitere 42 ergaben sich.

"Während der Inspektion des Ortes des Zusammenstoßes wurde die Leiche des Kommandeurs der 36. Separaten Marineinfanteriebrigade, Oberst Wladimir Anatoljewitsch Baranjuk, mit seinen persönlichen Gegenständen und Waffen unter den Toten gefunden", sagte Basurin.



https://novorosinform.org/content/images/30/79/43079_720x405.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 20:00 Uhr am 17.4.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 150 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von 7 **Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 2 **Zivilisten verletzt**. 12 Wohnhäuser, ein ziviles Infrastrukturobjekt und 4 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 37 ukrainische Nationalisten, 3

Feuerpositionen von 120mm-Mörsern, ein Panzerfahrzeug und 2 Lastwagen vernichtet.
Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben, 16 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. In der Nacht vom 11. auf den 12. April unternahm eine Gruppe von Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte einen Versuch eines Durchbruchs aus dem blockierten Iljitsch-Werk in Mariupol.

Dieser Durchbruch wurde von einer Spezialeinheit der Donezker Volksrepublik verhindert. Während des Kampfes wurden 50 Soldaten vernichtet, darunter fünf leitende Offiziere der Führung der Brigade, 42 weitere gaben sich gefangen.

Bei der Untersuchung des Gefechtsortes wurde unter den Toten die Leiche des Kommandeurs der 36. Marineinfanteriebrigade Wladimir Anatoljewitsch Baranjuk, seine persönlichen Sachen und seine Waffe gefunden.

Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 11. März 2022 geriet eine Sturmgruppe der 5. Brigade während der Befreiung von Mariupol unter Kreuzfeuer der Nationalisten, aber dank der professionellen und selbstlosen Handlungen des leitenden Schützen und Unteroffiziers Denis Romanowitsch Tschabantschuk, der in der entstandenen Lage nicht die Selbstbeherrschung verlor, nahm dieser unter Lebensgefahr eine günstige Feuerposition ein und vernichtete mit Feuer mit Schusswaffen eine Abteilung Personal der Neonazis des Regiments „Asow“ und zwei Feuerstellungen des Gegners. Dank der sachkundigen Handlungen des Unteroffiziers Denis Romanowitsch Tschabantschuk wurde die Einheit aus dem Feuer des Gegners gezogen und konnte die Offensivhandlungen fortsetzen.

21:13 (20:13) novorosinform.org: **Besler ist wieder im Geschäft. Der berühmte Kommandeur der Miliz des Donbass ist bereits in Berdjansk**

Laut dem Telegram-Kanal „[Major und General](#)“ wollte Igor Besler nicht zum Dienst zurückkehren, aber die Umstände haben sich geändert.

Der berühmte Kommandeur der Gorlowkaer Miliz, Igor Besler, ist wieder im Einsatz. Der Telegram-Kanal „Offene Ukraine“ veröffentlichte ein Foto von Besler, umgeben von Kollegen in Berdjansk.

„Igor Besler ist in Berdjansk. Wir warten am vereinbarten Ort auf ihn“, heißt es in der Bildunterschrift.

Die Autoren des Telegram-Kanals „Major und General“ erinnerten wiederum daran, dass Besler „anfangs kategorisch ablehnte, irgendwohin zu gehen“, aber jetzt haben sich einige Umstände geändert.

"Anscheinend hat der Kommandeur wie in einem Hollywood-Actionfilm am Ende die richtigen Worte für den alten Rambo gefunden", schreibt MiG.



https://novorosinform.org/content/images/30/80/43080_720x405.jpg